



Seite 2:
Ortsvorstandswahl in Bernburg



Seite 4:
Weltfriedenstag in Staßfurt



Seite 6:
Eva von Angern stellt sich beim Kreisvorstand vor

DIE LINKE ZEITUNG

10/2020

Spende erbeten Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis



MandatsträgerInnentreffen im Bernburger Kurhaus; Foto: privat

Erstes Treffen der LINKEN-Mandatsträger*innen im Salzlandkreis

So einige Mandatsinhaber*innen, die über die Liste der LINKEN zur letzten Kommunalwahl gewählt wurden, sind der Einladung der Kreisfraktion DIE LINKE. und des "Kommunalpolitischen Forums" Sachsen-Anhalt e.V. am 11. September in das Bernburger Kurhaus gefolgt.

Anlass war das erste Mandatsträger*innen-Treffen dieser Wahlperiode. Schon in der Vorstellungsrunde fanden sich gemeinsame Probleme: die schwierige Haushaltslage der Kommunen, die Verwendung der Feuerschutzsteuer, die Stichtagsregelung zur

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und Fördermöglichkeiten für Investitionen in kommunale Infrastrukturen. Nach diesem ersten Austausch ging es dann konkreter um die finanzielle Situation der Kommunen. Hierzu erläuterte unser Gast aus

Fortsetzung auf Seite 2

der Landtagsfraktion Swen Knöchel, haushaltspolitischer Sprecher und zuständig für Finanzen und Verwaltungsmodernisierung, anhand der erfolgreichen Klage gegen die Kreisumlage in Mansfeld-Südharz aus dem letzten Jahr, das Dilemma der Kreisumlage für Gemeinden und Landkreise. Statt dieses mühsam und langwierig durch Rechtssprechung aufzulösen, hält er eine eigene Einnahmequelle für Landkreise für eine sinnvolle Forderung. Für eine grundsätzliche Änderung der Kommunalfinanzierung sieht er nicht die nötige Bereitschaft in Bundes- und Landespolitik.

Politisches Hauptthema der Veranstaltung waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Landeshaushalt und auf die kommunalen Haushalte. Hierzu gab Swen Knöchel einen zahlenmäßigen Überblick über die pandemiebezogenen Maßnahmen im Bundestag und im

Landtag. Im Bundeshaushalt wurden 40 Millionen Euro für Liquiditätshilfen an Kommunen nachträglich eingestellt. Für den erleichterten Zugang zur Grundsicherung ohne Vermögensprüfung sind 70 Millionen an die Landkreise überwiesen worden. Zum 01. Juli 2020 wurde die Umsatzsteuer gesenkt, Bund und Land wollen mit 162 Millionen Euro in Sachsen-Anhalt die geringeren Einnahmen für Kommunen ausgleichen.

In Sachsen-Anhalt wurde ein Nachtragshaushalt von 500 Millionen Euro zur Erbringung und Aufstockung der Landesanteile an Bundesprogrammen aufgelegt, finanziert zu je ca. 50% aus Rücklagen und Neuverschuldung. Der "endlose Streit" um die Erstattung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung endete mit der Vollerstattung für den Monat April (1,14 Millionen Euro für den Salzlandkreis) und mit Erstat-

tung nach Inanspruchnahme im Mai (626.000 Euro für den Salzlandkreis). Neben vielem Zahlenwerk wurde auch über die Verteilungsmechanismen oder die Frage der Anerkennung unterschiedlicher Sozial- oder Infrastrukturen in den Regelungen zu den Kommunal финанzen diskutiert.

Dieses erste Mandatsträger*innen-Treffen war der Auftakt zu weiteren geplanten Veranstaltungen der Kreistagsfraktion, die jetzt wieder durchgeführt werden können. Ein großer Dank geht an MdL Swen Knöchel, der bereitwillig die Fragen beantwortete und viele Anregungen für die Landtagsarbeit mitnehmen konnte sowie für die Anregungen, die die Kreistagsfraktion für ihre Arbeit mitnehmen konnte.

Claudia Kästner, Fraktionsassistentin

Bernburger LINKE geht mit neuem Ortsvorstand ins Wahljahr 2021

Jörg Lemmert, Kreisvorsitzender

Zu gleich zwei Versammlungen kamen Mitglieder der LINKEN am 24. September im großen Saal der Stiftung Evangelische Jugendhilfe in der Bernburger Einsiedelgasse zusammen. Während sich in der ersten Versammlung die beiden Ortsverbände Nienburg und Bernburg zum neuen Ortsverband DIE LINKE Region Bernburg (Saale) zusammenschlossen, ging es anschließend um eine Vorstandswahl und die Vorbereitung des Wahljahres 2021.

Jörg Lemmert, seit sechs Jahren ehrenamtlicher Vorsitzender des Bernburger Ortsverbandes, schaute auf die Arbeit seit der letzten Vorstandswahl im Frühjahr 2016 zurück und konnte neben vielen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen auch die Beteiligung an den Verdi-Streiks am Ameos-Klinikum und am Volksbegehren gegen den Lehrermangel als wichtige Schwerpunkte in der Parteiarbeit herausstellen. Allen Mitstreiter*innen, die die Vielzahl an Aktivitäten des Ortsverbandes überhaupt erst ermöglichten, sprach er einen besonderen Dank aus.

Er verwies auch auf interne Meinungsverschiedenheiten, die vor allem im letzten Jahr die Vorstandsarbeit erschwerten. In der anschließenden Diskussion waren sich alle Rednerinnen und Redner einig, dass zukünftig wieder mehr an einem Strang gezogen werden muss.

Für die Vorstandswahl, die nach der formellen Fusion der Ortsverbände stattfand, hatten elf Parteimitglieder aus Bernburg und Nienburg ihre Kandidatur angezeigt. Jörg Lemmert, zusammen mit Henriette Krebs im letzten Jahr zum Kreisvorsitzenden der Partei gewählt, stand nicht erneut für den Vorsitz zur Verfügung, freute sich aber sehr über die Bereitschaft



Der neue Ortsvorstand; Foto: privat

von Elke Rehmann und Karsten Noack zur Kandidatur als Doppelspitze. Rehmann, seit vielen Jahren stellvertretende Ortsvorsitzende, und Noack, seit letztem Jahr Stadtrat in Bernburg, wurden mit jeweils einer Gegenstimme von den neunzehn anwesenden Mitgliedern zu den neuen Vorsitzenden gewählt. Im neuen Vorstand für den jetzt siebzig Mitglieder zählenden neuen Ortsverband DIE LINKE. Region Bernburg (Saale) werden sie künftig von Juliane Bäse, Ute Halle, Angela Plättner, Dirk Reinert, Mathias Henning-Kersten und Jörg Lemmert unterstützt.

Im letzten Teil des langen Versammlungsabends ging es sowohl um die Bundestagswahl

im Herbst 2021, für die Bundestagsmitglied Jan Korte erneut seinen Hut in den Ring werfen möchte, als auch um die Landtagswahl 2021, die bereits im Juni stattfinden wird. Die Kreisvorsitzende Henriette Krebs wird sich bei einer Wahlkreisversammlung im Dezember um die LINKE-Direktkandidatur im Landtagswahlkreis Bernburg, der auch Nienburg, Könnern und Saale-Wipper umfasst, bewerben. Sie nutzte die Versammlung, um den Mitgliedern ihre Ideen für die Landtagswahl näher zu bringen und betonte in ihrer Rede, dass sie als Bernburger Stadträtin die Themen der Region auch endlich wieder in den Landtag nach Magdeburg bringen möchte.

Landtagsticker zur Landtagssitzung im September

Kerstin Eisenreich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Herabsetzung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 14 Jahre

In Umsetzung des Wahlprogramms aus dem Jahr 2016 hat die Fraktion DIE LINKE die Absetzung des aktiven Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt auf 14 Jahre gefordert. Dazu brachte sie einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung und des Kommunalabgabengesetzes ein. Die kommunalpolitische Sprecherin Christina Buchheim sagte dazu: „Die Interessen von Kindern und Jugendlichen finden in der Politik bisher nur in geringem Maße Beachtung. Mit der Absenkung des Wahlalters kann und soll dem entgegengewirkt werden.“ Auch angesichts der Tatsache, dass sich deutschlandweit Hunderttausende Schülerinnen und Schüler bei den Demonstrationen „Fridays for Future“ engagierten und dort ihre Meinung kundtun, sei es angezeigt, diesen jungen Menschen die Möglichkeit der direkten politischen Beteiligung zu geben. „Junge Menschen beschäftigen sich also nicht nur mit Politik, sie bringen auch eigene – junge – Themen ein. So ist derzeit im Land zunehmend eine Bildung von Kinder- und Jugendgemeinderäten zu verzeichnen.“, so die Abgeordnete weiter. Sie verwies in ihrer Rede auf sozialwissenschaftliche Analysen, nach denen junge Menschen heute bereits deutlich vor dem 16. Lebensjahr den Höhepunkt ihrer kognitiven Entwicklung erreicht hätten. So könnten Jugendliche ab einem Alter von ungefähr 14 Jahren über ihr eigenes Lebensumfeld hinaus blicken, sich für Vorgänge und Entscheidungen interessieren, die nicht nur sie alleine betreffen und sie seien sozial und moralisch urteilsfähig. Sie seien in der Lage, verantwortlich zu handeln und ihr Verhalten zu reflektieren. Der Gesetzentwurf wurde zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

15 Jahre Nichtaufklärung des Todes von Oury Jalloh

Die juristische Aufarbeitung der Todesumstände von Oury Jalloh ist abgeschlossen, alle polizeilichen Maßnahmen gegen ihn waren nach Sichtung der Akten rechtswidrig. Zu diesem Schluss sind die Sonderberater des Landtags gekommen. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE sollte allerdings kein Schlussstrich unter die parlamentarische Aufarbeitung der Todesumstände von Oury Jalloh gezogen werden. „Denn politische Aufarbeitung heißt weit mehr als juristische Aufklärung. Sie will keine Ermittlungen führen, sondern Konsequenzen ziehen und Fragen nach Verantwortung stellen.“, so die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade in ihrer Rede. Und weiter: „Nahezu alle polizeilichen Maßnahmen von Ingewahrsamnahme, über ID-Feststellung und Blutabnahme bis hin zur Fixierung waren rechtswidrig und zugleich gelebte Praxis im Polizeirevier Dessau. Zugleich konstatieren die Berater ein erhebliches Problem mit Rassismus, sowohl individuellem als auch institutionellem Rassismus, im Revier in

Dessau.“ Daher könnte die Aufarbeitung könnten nur noch mittels eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vollzogen werden. Die Fraktion DIE LINKE wirbt mit ihrem Antrag dafür, den Abgeordneten der 8. Wahlperiode zu empfehlen, unmittelbar zu Beginn der neuen Legislaturperiode einen solchen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

Studie zu Racial profiling

Internationalen Gremien zufolge ist „Racial Profiling“ seit Jahrzehnten Realität in der Bundesrepublik Deutschland und in Sachsen-Anhalt. Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung auf, sich gegenüber Bund und Ländern für eine gemeinsame, unabhängig und wissenschaftlich erstellte Studie zu Racial Profiling einzusetzen, welche die Praxis der Polizeien in Bund und Ländern untersucht. Die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade brachte den Antrag ein und sagte: „Mit einer solchen Studie sollen die Grundlagen geschaffen werden, rassistische Diskriminierung durch polizeiliches Handeln genauer zu erfassen und die Ursachen zu identifizieren, so dass zielgenaue Schritte zum Abbau eben dieser Diskriminierung unternommen werden können – und ich bin froh, dass der Bund deutscher Kriminalbeamter die Notwendigkeit einer solchen Studie ebenfalls sieht, anders als der Bundesinnenminister von der CSU.“ So könnten rassistische Einstellungen handelnder Polizeikräfte ein Grund sein, weshalb untersucht werden sollte, inwieweit solche Einstellungen zu Diskriminierung führen. Es kämen jedoch eine Reihe weiterer Ursachen in Betracht. Auch solche, die keine rassistische oder diskriminierende Intention hätten, sich aber so auswirkten. „Dies kann Gesetze, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen, Abläufe in Behörden und die etablierte Praxis, also eingeübte Abläufe im Alltag, betreffen. Und es kann ebenso Auswirkung rassistisch diskriminierend wirkender Gesetze, wie z.B. der Residenzpflicht sein. Entsprechend muss untersucht werden, welche Faktoren zu Diskriminierung führen, so dass hier angesetzt werden kann.“

Ehrenamtsgesetz

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich mit einem Gesetzentwurf für die Stärkung des Ehrenamts ein. Eine genaue Definition des „Ehrenamts“, verbunden mit dem Abbau und der Beseitigung von Hindernissen und Erschwernissen für die Aufnahme ehrenamtlicher Tätigkeit, soll die Engagement-Bereitschaft jeder/jedes Einzelnen bestärken. Die drei wichtigsten Schwerpunkte dabei sind:

- die Einführung eines Ehrenamtsfonds des Landes zur Förderung des Einzelnen;
- ein Kommunalbudget zur Förderung des Auf- und Ausbaus von Strukturen in den Kommunen;
- der Abbau von Hindernissen zur Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Die arbeitsmarkt- und ausbildungspolitische

Sprecherin Doreen Hildebrandt sagte unter anderem: „Seit März dieses Jahres wird uns noch bewusster, was Ehrenamt alles leistet. Dieses solidarische Miteinander hat gezeigt, dass viele Menschen nicht nur an sich selbst denken.“ Sie sehe die Chance, wenn nicht sogar die Pflicht, des Landes einheitliche Bedingungen für das Ehrenamt zu gewährleisten.

Klinische Versorgung

Die klinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt – insbesondere im ländlichen Raum – gerate zunehmend in eine deutliche Schieflage, moniert die Fraktion DIE LINKE. „Kinder- und Jugendkliniken schließen, weil einmal Fachärzt*innen fehlen, einmal Pflegefachkräfte.“, so die gesundheitspolitische Sprecherin Dagmar Zoschke. Sie kritisierte das aktuelle DRG-System: „Keine Berücksichtigung findet unter anderem die Zeit, die eine Ärztin/ein Arzt benötigt, um ein Kind zu überzeugen, für die Untersuchung still zu sitzen, sich Blut abnehmen oder impfen zu lassen. [...] Kranke Kinder, so schätzen Praktikerinnen und Praktiker es ein, benötigen einen etwa 30-prozentig höheren Personalaufwand.“ Somit habe die Pädiatrie Vorhaltekosten, die über das bestehende Finanzierungssystem nicht abgedeckt seien. Deshalb wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene unter anderem für die Abkehr vom DRG-System und die Entwicklung eines Finanzierungsmodells für Kinderkliniken einzusetzen.

Straßenausbaubeiträge sollen nun zum 1.1.2020 abgeschafft werden

Mit ihrem Gesetzentwurf vom November 2018 hatte die Fraktion DIE LINKE die Abschaffung der umstrittenen Straßenausbaubeiträge mit Wirkung zum 1. Januar 2019 gefordert. Nachdem dieser Gesetzentwurf bisher nicht im Landtag diskutiert wurde, weil die Koalitionsfraktionen sich nicht einigen konnten, hat diese nun doch einen gemeinsamen Nenner gefunden. Vorgelegt wurde nun der Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, allerdings erst zum 1. Januar 2020. Offensichtlich war der Druck von Bürgerinitiativen und auch der erfolgreichen Volksinitiative „FAIRE STRASSE – für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt“ nun doch so groß geworden. Diesen Initiativen dankte die für Kommunalabgaben zuständige Sprecherin Kerstin Eisenreich ausdrücklich. Gleichzeitig kritisierte sie den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen unter anderem dafür, dass mit 15 Millionen Euro ab 2022 viel zu wenig Geld eingeplant werde, um den Städten und Gemeinden die fehlenden Einnahmen zu finanzieren. Die Fraktion DIE LINKE hatte in ihrem Gesetzentwurf insgesamt bis zu 55 Millionen Euro zur künftigen Finanzierung des kommunalen Straßenausbaus veranschlagt, da sich seit Jahrzehnten ein enormer Investitionsstau aufgebaut habe. Das Gesetz soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

Weltfriedenstag in Staßfurt

Bianca Görke, LINKE Stadträtin in Staßfurt



Bianca Görke bei ihrer Rede zum Weltfriedenstag; Foto: privat

Auch in diesem Jahr rief die Partei DIE LINKE zu einer mahrenden Veranstaltung auf. Etwa 30 Bürgerinnen und Bürger folgten dieser Einladung. Nachdem das Bild einer Friedenstaube, gestaltet vom Staßfurter Künst-

ler Walter Richter, enthüllt wurde, begrüßte Klaus Magenheimer die Anwesenden. Bianca Görke, Mitglied des Staßfurter Stadtrates und des Kreistages, mahnte in ihren Worten die unzureichenden Friedensbemühungen der

Regierungen der Länder an. Ein unbedingter Wille zu einer gerechteren, friedvolleren Welt ist nicht erkennbar. Kernaussage: „Krieg ist nicht primär Sprechen der Waffen, sondern Krieg ist immer zuerst ein Schweigen der Vernunft“. Deshalb dürfen wir nicht müde werden und wir müssen die friedliebenden Kräfte bündeln. Die Welt braucht keine mächtigen Waffenallianzen sondern Friedenspartner.

Im Anschluss an die Rede rezitierte Siegfried Mahfeld das Gedicht „Frieden“ von Reinhard Mey. Als Abschluss wurden als Symbol und Hoffnung für eine friedliche Welt, musikalisch umrahmt vom Lied „Kleine weiße Friedenstaube“, Tauben fliegen gelassen. Dies erfolgte unter tierärztlicher Aufsicht und es haben alle Tauben ihr Zuhause wieder gesund erreicht.

Politik mit Bodenhaftung – Spaziergang mit LINKS

Christa Beier, Sabine Dirlich, DIE LINKE ELSALAND

Am 5. September begaben sich Mitglieder und Sympathisierende der LINKEN auf einen Spaziergang vom Kurpark bis zum Bierer Berg. Sabine Dirlich und Andreas Schneidewind sangen von der Kurparkbühne „Gut wieder hier zu sein – gut euch zu sehen“, anknüpfend an die Begrüßungen zur 1.-Mai-Feier der LINKEN. Dennoch hatte diese Begegnung ein völlig eigenes Konzept. Zwei bekannte Personen sprachen auf der Bühne freundliche und doch politisch verbindliche Grußworte: Oberbürgermeister Bart Knoblauch und Eva von Angern, die designierte Spitzenkandidatin der LINKEN zur Landtagswahl 2021. Der Oberbürgermeister bedankte sich für die Wahlunterstützung der LINKEN und bekam zur Antwort, dass ihm eine Opposition von links zwar manchmal weh, aber insgesamt guttue.

Der Weg der Spazierenden führte dann

zum Teich im Tannenwäldchen. Eine kleine Schatzsuche wurde auch von zufällig anwesenden Familien mit Kindern gern angenommen. Danke für das Saxophonspiel an Hans-Joachim Lindner von der Erik-Neutsch-Stiftung.

Dann wurde es körperlich anstrengend: Ein Berg-Auf-Lauf! Am Ziel – typisch linke Gleichmacherei – lief die Spitzengruppe gleichauf über die Ziellinie. Auf dem Bierer Berg spielte dann erneut Andy Schneidewind auf, sehr zur Freude vieler weiterer Besucher.

Herzlichen Dank an Jenny Ostoike und ihr Gastro-Team vom Bierer Berg. Danke für den freundlichen und kompetenten Service. Deshalb unser Tipp an Schönebeck: Hingehen auf den Bierer Berg, auch wenn's kalt wird.

Und nicht vergessen: 1. Mai 2021 – Maifeier der LINKEN!

Café mit Links in Aschersleben

Regina Koblischke, DIE LINKE Aschersleben

Nach langer Zeit trafen wir uns wieder in Aschersleben zum Café mit Links und tauschten uns über die politischen Ereignisse der vergangenen Monate aus. Außerdem besprachen wir die nächsten Veranstaltungen für die letzten Monate des Jahres. Auf der Tagesordnung stehen die Nominierung des Direktkandidaten zur Landtagswahl 2021, die Wahl des Ortsvorstandes sowie die Wahl des Vorstandes des „LINKS TREFF“ Aschersleben e. V., ebenso besprachen wir die anstehenden Veranstaltungen im LINKS TREFF bis De-

zember. Vorgesehen ist die Besichtigung des Jüdischen Friedhofes in Aschersleben und im Anschluss daran eine Buchlesung mit Diskussion.

Informiert wurde u. a. über die Arbeit des Kreisvorstandes, die Vorbereitung des Landesparteitages, die Aktivitäten zum Volksbegehren, über den Termin der Landratswahl sowie den Stand der Vorbereitungen zur Landtagswahl. Es wurde auch positiv über die monatlichen Zahlungen der Aschersleber Mandatsträger berichtet.

**Zum 200. Geburtstag
von Friedrich Engels –
Zitat des Monats:**



*„Wir müssen die
Diskussion zulassen,
um nicht zur Sekte
zu werden, aber
der gemeinsame
Standpunkt muss
gewahrt bleiben.“*

30 Jahre Deutsche Einheit – Neue Einsichten, neue Spaltungslinien

Matthias Höhn, Beauftragter für Ostdeutschland der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Es ist ein gutes Zeichen, dass sich der Blick auf die Deutsche Einheit langsam verändert. Zu lange hat die Bundesregierung ignoriert, wie differenziert viele Ostdeutsche auf ihr Leben im vereinten Deutschland schauen. Die Spannung zwischen Freiheit und Sicherheit hat immer eine ganz persönliche Bedeutung, einen ganz persönlichen Bezug. Die Menschen im Osten wollen die DDR nicht zurück, das kann man für die übergroße Mehrheit behaupten. Was sie allerdings tun, je nach Alter auch unterschiedlich tun, das ist ihr Leben zu vergleichen. Welche Werte waren vor 1989 wichtig, welche danach; welche Arbeit habe ich, wo werden unsere Kinder Arbeit finden; welche Stellung hatte und welche habe ich in der Gesellschaft?

Wenn man aufmerksam zuhört, dann lernt man, dass man Wohlstand nicht eins zu eins mit Konsum setzen sollte. Man spürt, wie unterschiedlich die Empfindungen und Erlebnisse vor 30 Jahren waren. Wir feiern bekanntlich ein Doppeljahr des Gedenkens: Jeder Ostdeutsche erinnert sich an den Herbst 1989, an die ungeheure Spannung, die Kraft, den Mut und die Verzweiflung jener Tage. Die Erleichterung, die Freude über die Grenzöffnung, darüber, dass die Revolution friedlich geblieben

ist, das wird uns noch für viele Jahrzehnte inspirieren und dankbar machen.

1989 war ein Jahr der Freiheit, auch persönlicher Freiheit. Ein Jahr, indem es auf Jeden und Jede ankam, in dem man etwas bewirkt hat und den anderen schützen konnte, einfach dadurch, weil man zusammen auf der Straße war. 1990 verblasst dagegen – der 3. Oktober wird an die emotionalen Erinnerungen des 9. November nie heran reichen. 1990 sind von der Bonner Politik die Weichen gestellt worden, die den Osten auf das Gleis gesetzt haben, auf dem er immer noch ist. Dazu gehörte die Einsetzung der Treuhand und die Privatisierung der gesamten DDR-Volkswirtschaft. Ostdeutsche waren bald nicht mehr Akteur, sondern Objekt. Es blieb nun wirkungslos, dass 70 000 Menschen wieder montags, wieder in Leipzig, auf der Straße waren. Es blieb wirkungslos, dass man das Streik- und Versammlungsrecht hatte, einfach deshalb, weil man die Betriebe verlor. Und es blieb viel zu lange folgenlos, zumindest für die Täter und Täterinnen, dass sich Nationalismus und Rassismus Bahn brachen, dass Hunderte Menschen getötet, verletzt und traumatisiert worden.

Wir sind in einer Zeit neuer Deutungskämpfe. Die Coronakrise hat Vorhänge aufge-

zogen, hinter die viele nicht schauen wollen. Die freie Wirtschaft, die so viel der Strahlkraft dieser westlichen Demokratie ausmacht, sortiert die Menschen und Märkte. Nicht nur die Ostdeutschen sind Bürger 2. Klasse, und eben nicht nur nach Selbstauskunft und Gefühl, sondern strukturell betrachtet nach Entscheidungsmacht, Einkommen und Status. Wir haben aber ebenso zu wenige Professorinnen und Juristen mit migrantischem Hintergrund. Wir weisen Rumänen und Bulgaren Arbeits- und Lebensbedingungen zu, die wir selbst nicht akzeptieren würden.

Die Deutsche Einheit ist keine einfach zu erzählende Geschichte vom Dunkel ins Licht; so hat die Bundesregierung lange über die Köpfe der Menschen hinweg geredet. Die immer noch unvollendete Einheit zeigt, die Herausforderung besteht auch heute, Würde, Einkommen, Sicherheit und Gleichberechtigung für alle zu garantieren. Ja, auch diese Gesellschaft hat erheblichen Veränderungsbedarf. Deshalb ist der kritische Blick auf die Deutsche Einheit notwendig, denn er ist der Blick auf die Stärken und Schwächen dieses Landes. Für Selbstzufriedenheit ist weniger Platz, als mancher in der Bundesregierung meint.

Eva von Angern in AWO-Pflegeeinrichtung

Sabine Dirlich, DIE LINKE ELSALAND

Die Corona-Pandemie hat die Anstrengungen und die Bedeutung der Pflegeberufe in den Fokus der politischen Debatte gerückt. Und das war gut so! Anlass für die Landtagsabgeordnete Eva von Angern, sich in einer Pflegeeinrichtung umzuschauen und mit Verantwortlichen und Mitarbeiterinnen ins Gespräch zu kommen war es allemal. Begleitet wurde sie von Sabine Dirlich, Christa Beier und der Barbyer Stadträtin Jutta Röseler (Grüne). Über dieses Interesse haben sich die Mitarbeiterinnen der AWO-Einrichtung in Barby denn auch sehr gefreut. Vor allem deshalb, weil sowohl das gutgemeinte „Beifallklatschen“ als auch die lobenden Sonntagsreden praktisch folgenlos geblieben sind, zumindest bei der Bezahlung. Das bedeutet auch für die Einrichtung in Barby, dass es nicht leichter wird, den Fachkräftemangel zu beenden.

Aber auch abseits von Corona und ganz ohne Corona müssen sich die Pflegenden mit Wider-



MdL Eva von Angern unterwegs im Salzlandkreis; Foto: privat

sprüchen herumschlagen, die ihnen die Arbeit nicht gerade erleichtern. Warum zum Beispiel die Personalschlüssel in den vollstationären Einrichtungen höher ist als in der Kurzzeitpflege, ist für sie nicht nachvollziehbar. Es fallen die gleichen Arbeiten an und auch der Zeitaufwand (24-Stunden-Pflege) ist der gleiche. Oder weshalb Helfer/innen in der ambulanten Pflege viel mehr Handlungsvollmachten haben als im stationären Bereich bleibt das Geheimnis der

Pflegekassen. Und das obwohl Helfer/innen im ambulanten Bereich unter Umständen ganz allein handeln müssen, während im stationären Bereich stets eine Fachkraft in der Nähe ist. Die Landtagsabgeordnete hat diese Probleme mitgenommen und wird sie an entsprechender Stelle in die politische Auseinandersetzung einbringen.

Eine Frage, die uns als Kreisratsmitglieder noch beschäftigen wird, ist die nach den Auswirkungen der Erhöhung des Eigenanteils für die zu

Pflegenden auf den Kreishaushalt. Alle, die diesen Eigenanteil nicht selbst aufbringen können, haben Anspruch auf Leistungen aus der Sozialhilfe. Die wiederum ist Sache des Kreises. Wenn sich der Eigenanteil erhöht, erhöhen sich nicht nur die Beträge für die schon Betroffenen, sondern auch die Zahl der Anspruchsberechtigten wird größer. Wir werden die Entwicklung im Kreis verfolgen.

Auswärtige Sitzung der Kreistagsfraktion – Quo vadis Straßenausbaubeiträge? Quo vadis Könnern?

Claudia Kästner, Fraktionsassistentin

Fast zwei Jahre lag der Gesetzentwurf der LINKEN-Landtagsfraktion zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unbearbeitet im Innenausschuss. Am 01. Oktober steht er nun zur ersten Beratung auf der Tagesordnung des Innenausschusses. Ob das Gesetz noch bis Jahresende eingeführt wird, zu welchem Stichtag abgeschafft werden soll, wie die Regelungen zur Nachfinanzierung gestaltet sein werden und welche Auswirkungen diese auf die kommunale Finanzausstattung haben werden, wollte die LINKE-Kreistagsfraktion wissen. Deshalb hat sie am 28. September in Könnern eine Auswärtige Fraktionssitzung mit dem Bürgermeister Mario Braumann und Kerstin Eisenreich, MdL – zuständig für Kommunalabgaben, veranstaltet.

Sie führte mit der Gegenüberstellung des LINKEN-Gesetzentwurfes mit dem aktuellen Koalitionsentwurf in die Veranstaltung ein. Der LINKEN-Entwurf sieht die Abschaffung zum 01.01.2019 vor, d.h. bis zum 31.12.2018 ausgestellte Bescheide wären noch zu bezahlen. Der Gesetzentwurf der Koalition setzt den Stichtag zum 31.12.2020 für bestandskräftige Bescheide, was die Beitragspflicht auf noch nicht beschiedene Maßnahmen erweitert, für die bis zum Stichtag eine Schlussrechnung eingegangen ist. Auch in der Frage der Nachfinanzierung steht der Regierungsentwurf hinten an. Ungefähr 10-15 Mio. € wurden in Sachsen-Anhalts Kommunen in den letzten Jahren für Straßenausbau ausgegeben. Laut Städte- und Gemeindebund sind ca. 40 Mio € notwendig, um den Straßenausbau zu befördern. Deshalb enthält der Vorschlag der LINKEN-Landtagsfraktion einen finanziellen Ausgleich in einer Gesamthöhe von 55 Mio. €. Der Gesetzentwurf der Regierung ist davon weit entfernt. Lediglich 15 Mio. € wurden für die Kompensation vorsorglich in den Haushalt eingestellt – und



Sitzung im Könnerner Kulturhaus; Foto: privat

auch nur für 2021!

Kerstin Eisenreich schloss ihre Ausführungen zum aktuellen Stand der Debatte im Landtag damit, dass "die Koalition mit dem rechtlichen Ziel in die Beratung geht, das Gesetz noch in diesem Jahr zu verabschieden. Ich hoffe auf gute Stellungnahmen, die den Finger nochmal in die finanzielle Wunde legen."

Im Anschluss ergriff Mario Braumann, Bürgermeister von Könnern, das Wort und legte den Anwesenden die Auswirkungen des Gesetzentwurfes in Könnern am Beispiel der Ortsdurchfahrt Beesenlaublingen dar. Nach der aktuell vorgesehenen Kann-Regelung ist diese Maßnahme abrechnungsfähig. Aber wie genau abgerechnet werden soll, ist immer noch unklar, denn hierfür ist eine Ermächtigungsvorordnung vorgesehen. "Welche Schweinereien da reinformuliert werden, wissen wir noch nicht." Ebenso spannend ist für ihn die Frage, wie der Geldfluss in den nächsten Jahren bemessen wird.

Von Anwesenden wurden weitere Unklarheiten angebracht, wie z.B. der Umgang mit schon geleisteten Ablösesummen, die mögliche Ungleichbehandlung der Anwohner von Sanierungsgebieten oder die Frage nach einer Lösung für die vielen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, die durch die Ortschaften führen. Einigkeit bestand jedenfalls darin, dass die 15 Mio. € aus dem Koalitionsentwurf nicht reichen werden.

Die Kreistagsfraktion hält Fraktionssitzungen außerhalb ihres Staßfurter Büros ab, um mit Verantwortlichen und Einwohnern zu diskutieren und ihre Probleme vor Ort zu erfahren.

In Könnern drückt der Schuh am meisten bei den Finanzen. Sie ist die südlichste Stadt im Salzlandkreis mit ca. 8.500 Einwohnern, verteilt auf die Kernstadt und 31 Ortsteile. Die Finanzlage ist dementsprechend mies. 17 Friedhöfe und 11 Feuerwehren sind zu unterhalten. Die Industrie ist nach der Wende weggebrochen, Zuzug findet kaum statt, das Ehrenamt stirbt aus. Hinzu kommt der Instandhaltungs- und Investitionsstau. Einsparungen sind so gut wie nicht mehr möglich. Das Haushaltsminus beträgt 3,3 Mio. €. Deshalb hat sich der Stadtrat in diesem Jahr entschieden gegen den vorläufigen Bescheid zur Kreisumlage zu klagen. Ergänzend benannte Kerstin Eisenreich noch ein weiteres Problem, das damit in Zusammenhang steht: "Das Land übergibt immer mehr Aufgaben an die unteren Ebenen, ohne das Geld mit hinzureichen. Ich sehe noch nicht, dass die Landesregierung wirklich eingreift, was das heißt, was da grad passiert."

Abschließend stellte Sabine Dirlich die Haltung der LINKEN-Kreistagsfraktion zur Kreisumlage dar. "Wir stimmen weder dem Haushaltskonsolidierungskonzept noch dem Haushalt zu, auch wenn uns bewusst ist, dass damit kein Cent mehr im Haushalt ist. Man muss dem nicht mehr zustimmen."

Insgesamt war es eine sehr gelungene Veranstaltung, die viele Anregungen für die politische Arbeit auf allen Ebenen brachte. Wir bedanken uns herzlich bei Kerstin Eisenreich und Mario Braumann für ihre Ausführungen.

Ein ausführliche Version des Textes gibt es auf www.dielinke-salzlandkreis.de

Eva von Angern stellt sich beim Kreisvorstand vor

Henriette Krebs, Kreisvorsitzende DIE LINKE Salzlandkreis

Landtagsabgeordnete, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Fachpolitikerin, Rechtsanwältin, 3-fache Mutter engagiert gegen Kinderarmut oder auch Vorsitzende des Landesfrauenrates sind nur einige Zuschreibungen, die einem zu Eva von Angern einfallen. Die Genossinnen und Genossen des Kreisvorstandes hatten in der Sitzung am 23.09.2020 in Staßfurt die Möglichkeit, Eva noch näher kennenzulernen und sie zu ihrer Spitzenkandidatur zu befragen. Nach ihrer kurzen Vorstellung drehte sich die Diskussion mit ihr insbesondere um Corona und die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Menschen. Was bedeutet die Pandemie für die Bevölkerung? Evas Antwort darauf war sehr klar: Insolvenzen werden verschleppt und die



Eva von Angern bei der Kreisvorstandssitzung; Foto: privat

wirtschaftlichen und die persönlichen Folgen, wie der Verlust des Arbeitsplatzes und drohende Abstiegsängste, werden erst später sichtbar. Aber sie sind da und die Menschen spüren es. Auch der von uns viel kritisierte Niedriglohn-

sektor wird größer werden und dies wird wieder Auswirkungen auf die künftige Rente haben und noch mehr Menschen in die Altersarmut treiben. Die Situation in den Pflegeheimen wird sich ebenfalls weiter verschärfen. Zuzahlungen werden sich weiter erhöhen, die Finanzierung der Pflege zur Belastung. Die steigende Belastung der Kommunen, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und das Herzensthema von Eva von Angern „Kinderarmut beseitigen“ waren weitere Eckpunkte in der lebhaften Diskussion mit der designierten Spitzenkandidatin der LINKEN in Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl im nächsten Jahr. Wir wünschen ihr auf ihrer weiteren Vorstellungstour durch die Kreisverbände viel Erfolg und vor allem Gesundheit.

Bundesweit ein Drittel aller Geburtskliniken seit 1998 geschlossen

Jan Korte

Ein Drittel der Abteilungen für Frauenheilkunde sind seit 1998 an deutschen Krankenhäusern geschlossen worden, in derselben Zeit wurde nahezu die Hälfte der Stationsbetten in diesem Bereich gestrichen. Das hat die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des LINKE-Bundstagsabgeordneten Jan Korte einräumen müssen.

Der anhaltische Abgeordnete hatte die Kleine Anfrage gestellt, nachdem die Frauenklinik der kommunalen „Gesundheitszentrum Bitterfeld-Wolfen gGmbH“ auf die Streichliste gekommen war.

Gegen die Schließungspläne hatten DIE LINKE Anhalt-Bitterfeld und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger protestiert. Mit Erfolg: Mitte September stimmte der Kreistag für den Erhalt der Frauenklinik.

Wie groß dieser Erfolg für die Bevölkerung ist, zeigt die Antwort der Bundesregierung. Denn während im Schnitt bundesweit nur 15 Prozent der Kliniken geschlossen wurden, liegt der Wegfall der Abteilungen für Frauenheilkunde bei 30 Prozent. Und auch die Bettenzahl sank allgemein nur um 13 Prozent, während in den Frauenkliniken fast die Hälfte wegfiel. Seit 2013 sind in Kortes Wahlkreis zwei Frauenkliniken bzw. Krankenhausabteilungen geschlossen worden: 2013 die Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe in Bernburg, seit 2018 finden auch keine Entbindungen mehr in Zerbst statt.

„Ausgerechnet in der medizinischen Versorgung von Frauen ist in zwanzig Jahren doppelt so viel gestrichen worden, als im Durchschnitt der Krankenhäuser. Wir mei-

nen: Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass Krankenhäuser weder Angebot noch Qualität an der Wirtschaftlichkeit von Abteilungen festmachen, sondern am Bedarf in der Bevölkerung“, erklärt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion im Bundestag, „und erst recht darf die Behandlung oder die Verweildauer von Müttern auf der Station nicht daran festgemacht werden, ob sie lukrativ ist oder nicht.“

In ihrer Antwort verweist die Bundesregierung auf Hilfsprogramme für kleinere Krankenhäuser oder zur Förderung von Pflegepersonal und Hebammen. Und natürlich lässt es sich die Bundesregierung nicht nehmen, auf die Zuständigkeit der Länder für die Ausstattung von Krankenhäusern zu verweisen. Die Anreize für eine gewinnorientierte Ausrichtung der Krankenhäuser aber hat sie mit dem System der Fallpauschalen selber geschaffen. „Es ist geradezu absurd, an diesem System festzuhalten und seine Löcher ständig mit Förderprogrammen zu flicken, oder – wie aktuell – in einer Krise drei Milliarden Euro reinzubuttern“, meint Korte daher.

Eine an Pauschalen orientierte Bezahlung der Krankenhäuser zwingt sie dazu, mit möglichst wenig Beschäftigten möglichst viele Patientinnen und Patienten in möglichst kurzer Zeit zu behandeln. Kleinere, kommunale Krankenhäuser haben es unter diesen Umständen schwer, in den schwarzen Zahlen zu bleiben. Für privat betriebene Krankenhäuser eröffnen die Pauschalen die Möglichkeit, Gewinne zu erzielen, indem sie sich auf lukrative Bereiche fokussieren und bei Personal-

ausgaben und am Patienten sparen.

Da kommt einiges zusammen: Eine Milliarde Euro haben die fünf größten privaten Krankenhausbetreiber im Jahr 2019 insgesamt an Gewinn erzielt. Kein Wunder, dass sich private Klinikkonzerne nach Möglichkeiten umsehen, diesen Spielraum zu erweitern und noch mehr Beiträge von Krankenversicherern auf die Konten ihrer Aktionäre zu bekommen. Die Münch-Stiftung von Rhön-AG-Gründer Eugen Münch hat vorgeschlagen, Pauschalen nicht nur auf Behandlungen, sondern auf ganze Krankenhäuser anzuwenden. Hilfe dabei bekommen die Privaten von der AfD, die im Bundestag tatsächlich den Antrag eingebracht haben, Krankenhauspauschalen einzuführen (Drucksache 19/17754).

Vor Ort tun sie so, als seien sie auf der Seite der Bevölkerung, in Berlin aber arbeiten sie darauf hin, den Gesundheitsbereich noch weiter zu kommerzialisieren.

„Die Corona-Krise hat gezeigt, dass das Gesundheitssystem nicht nach Marktkriterien funktionieren kann. Man sollte auch nicht weiter so tun, sondern es zu einem patientenorientierten System umbauen, das Krankenhäusern die anfallenden Kosten der Behandlung erstattet – keinen Cent weniger, aber auch keinen mehr.“ so Jan Korte abschließend.

Neue Ausstellung im Bernburger Wahlkreisbüro

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter

Nach langer Pause gab es am 17. September endlich wieder eine öffentliche Veranstaltung im Bernburger Wahlkreisbüro von MdL Doreen Hildebrandt und MdB Jan Korte. Unter Einhaltung der geltenden Corona-Bestimmungen eröffnete die LINKE Landtagsabgeordnete zusammen mit dem Nienburger Künstler Thomas Christians die Kunstausstellung „Im Aufbruch“.

Die Eröffnungsgäste nutzten die Gelegenheit, um sich bei einem Glas Sekt vom Künstler die Werke, die er mit Acryl und Ölpastell auf Papier bringt, näher bringen zu lassen.

Neben den Bildern Christians werden auch Objekte seiner Künstlerkollegin Kathrin Christoph aus Dresden ausgestellt.

Interessierte BürgerInnen können die Werke jetzt bis zum 15. Dezember während der Öffnungszeiten des Bernburger Wahlkreisbüros sehen.



Thomas Christians führt durch die Ausstellung im Wahlkreisbüro; Foto: privat

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im Oktober recht herzlich

Zum 100. Geburtstag
Fritz Liebefinke

Zum 90. Geburtstag
Ingeborg Zierold

Zum 88. Geburtstag
Charlotte Freist
Rosemarie Hartung

Zum 86. Geburtstag
Anneliese Grage
Ingeborg Müller
Sieglinde Vaucey
Klaus Engelmann

Zum 83. Geburtstag
Helga Barcinski

Zum 82. Geburtstag
Christa Herold
Rotraut Pohland

Zum 65. Geburtstag
Hartmut Töffels

Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im Oktober Geburtstag haben



Mailverteiler des Kreisverbandes

Wer ergänzend zur LINKEN Zeitung 2-3 Mal im Monat über aktuelle Entwicklungen informiert werden möchte, schickt uns bitte seine Mail-Adresse an dielinke-slk@t-online.de

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung sucht ständig Artikel aus allen Regionen des Salzlandkreises. Außerdem freuen wir uns über weitere Mitstreiter*innen für die Redaktionsarbeit (Kontakt Daten der Redaktion siehe unten).

Aktuelle Informationen zur Arbeit im Kreisverband gibt es auf www.dielinke-salzlandkreis.de

DIE LINKE.
Kreisverband Salzlandkreis

Einladung zur Kreisversammlung am 24.10.2020

Der Kreisvorstand lädt in Vorbereitung auf die Landratswahl, die Landtagswahl und die Bundestagswahl im nächsten Jahr zur Kreisversammlung und zur Besonderen Kreisversammlung am **24.10.2020 um 10 Uhr in das Bernburger Kurhaus** (Solbadstraße 2) ein. Die Einladung lag der September-Ausgabe der LINKEN Zeitung bei.

Gedenken zum 82. Jahrestag der Reichspogromnacht
DIE LINKE Saale-Wipper ruft am **09.11.2020 um 16 Uhr** alle Interessent*innen zur Teilnahme an der traditionellen Gedenkveranstaltung anlässlich der Novemberpogrome von 1938 auf dem Jüdischen Friedhof in Güsten (Rathmannsdorfer Straße) auf. Als Rednerin wird die **Kreisvorsitzende Henriette Krebs** erwartet.



LINKS BEWEGT
Das Online-Magazin der LINKEN



Systemwechsel im Krankenhaus: Gemeinwohl vor Profit!

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am **21.10.2020 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94).

ClimatePartner^o klimaneutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 30. Oktober 2020. Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 02. Oktober 2020.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.